



Barthle-Brief

Nr. 48

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

15.4.2016

Thema der Woche:

Steuerhinterziehung durch Transparenz verhindern **Deutscher Bundestag diskutiert über „Panama Papers“**

Transparenz heißt das Gebot der Stunde, nachdem durch die unter dem Stichwort „Panama Papers“ bekanntgewordenen Veröffentlichungen ergeben haben, dass allein eine Anwaltskanzlei in dem mittelamerikanischen Land Hunderttausende von Firmen gegründet und verkauft hatte. „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt hier den Bundesfinanzminister, der schon seit einiger Zeit den richtigen Weg verfolgt, durch Transparenz Steuerhinterziehung zu verhindern“, sagte der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder in seinem Statement vor der Sitzung seiner Fraktion an diesem Dienstag.

Durch die Recherchen eines internationalen Journalistennetzwerks, das Steuerhinterziehung und Geldwäsche bei über 214.000 Briefkastenfirmen in Panama aufgedeckt hatte, bekommen die Bemühungen von Wolfgang Schäuble nun einen neuen Schub. Man erwarte außerdem, dass beim G7-Gipfel in Japan das Thema auf die Tagesordnung komme. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, den Druck gegenüber Staaten, die Steuerhinterziehung und Geldwäsche begünstigen, weiter zu erhöhen und so die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung zu unterbinden. „Die Enthüllungen über versteckte Gelder in Panama bestätigen den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Kurs. Fast 100 Staaten bekennen sich mittlerweile zu dem auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard für einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Danach beschaffen sich die Staaten bestimmte Informationen von bei ihnen bestehenden Finanzinstituten und tauschen diese Daten jährlich mit anderen Staaten und Gebieten aus.“

Zu den meldepflichtigen Informationen gehören unter anderem Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Betroffene Finanzinstitute sind unter anderem Banken, Verwahrstellen, Makler und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften.

Nicht zuletzt durch die Initiative Wolfgang Schäubles haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr erreicht als in den 30 Jahren zuvor. Weil die nötige Transparenz nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis einheitlicher Informationsmerkmale geschaffen werden kann, müssen wir den Kreis an kooperationswilligen Ländern weiter ausbauen. Wir erwarten, dass es auf dem nächsten G7-Gipfel in Japan für diesen Kurs weltweit noch mehr Unterstützung geben wird. Wolfgang Schäuble beabsichtigt zudem, auch schon über die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds weitere Impulse zu setzen“, so Kauder.

In einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags ging die Unionsfraktion an diesem Mittwoch hart mit Steuerhinterziehern und -vermeidern ins Gericht: Die Praxis in Panama ist inakzeptabel, verwerflich, asozial und schädigt das Gemeinwesen weltweit! Die Veröffentlichung der „Panama Papers“ stärke den Handlungswillen der Unionsfraktion. Das Problem sei lange erkannt, und man habe entsprechend gehandelt. Seit der Finanzkrise seien über 40 Maßnahmen mit starken Regulierungen weltweit umgesetzt. Die Union verwahrte sich gegen den Vorwurf der „Tatenlosigkeit“. Deutschland habe im Gegenteil eine Vorbildfunktion bei G 7 und G 20 sowie in der Organi-

sation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wer Gewinne auf geheimen Konten einfriert, ist kein Unternehmer, sondern ein Wegnehmer, wir fordern die Ächtung und Sanktionierung dieser „Diebe“. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble räumte zwar ein, dass beim Kampf gegen die Geldwäsche noch mehr Anstrengungen notwendig seien, zog jedoch eine positive Bilanz der Bemühungen gegen Steuerhinterziehung. Über 100 Länder würden sich am automatischen Informationsaustausch beteiligen. Länder, die sich nicht beteiligen würden, würden auf eine „schwarze Liste“ gesetzt, kündigte Schäuble an. Angesichts der Globalisierung würden nationale Regelungen im Alleingang gar nichts nützen. Man brauche globale Regelungen, auch wenn das sehr mühsam sei. „Und trotzdem muss man es tun“, sagte Schäuble.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Einstufung weiterer sicherer Herkunftsländer

In erster Lesung hat der Deutsche Bundestag an diesem Mittwoch über einen von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftstaaten beraten. Mit dem Entwurf soll laut Bundesregierung die Zuwanderung „aus asylfremden Motiven“ aus diesen Ländern reduziert werden. Die gesetzliche Einstufung als sicherer Herkunftsstaat setze im Wesentlichen voraus, dass in den betroffenen Staaten aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheine, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinde, so die Bundesregierung. Ihr zufolge erfüllen Marokko, Algerien und Tunesien diese Voraussetzungen. Die Zahl der Asylsuchenden aus diesen drei Ländern, die einen Schutzstatus in Deutschland bekommen, sei äußerst gering. Durch das Gesetz wird die effektive Aufenthaltsdauer von Asylantragstellern aus diesen drei Ländern außerdem deutlich verkürzt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entlastet.

Hintergrund: Im Januar 2015 waren noch 900 illegal eingereiste Migranten aus Algerien, Marokko und Tunesien im EASY-Erfassungssystem des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge erfasst. Im Dezember 2015 waren es dann bereits insgesamt 26.000. Dabei haben sich die Zahlen der Zuwanderer aus Marokko im Laufe des Jahres 2015 (Vergleich Januar/Dezember) verzehnfacht, die Zahl der Tunesier nahezu verdoppelt und die Zahl der Algerier mehr als vervierfacht. Die Zahl derer, die letztendlich einen Schutzstatus in Deutschland bekommen, ist jedoch äußerst gering. Die Einstufung sicherer Herkunftsstaaten als Mittel, die Zuzugszahlen einzudämmen, hat sich bereits bei den Ländern des Westbalkans bewährt. Hier ging die Zahl der Migranten nach der Einstufung von Albanien, Montenegro und dem Kosovo als sichere Herkunftsländer auf nahezu null zurück.

Transatlantischen Beziehungen weiterentwickeln

Mit diesem Antrag unterstreichen die Koalitionsfraktionen vor dem Deutschlandbesuch von Präsident Obama Ende April die besonderen Beziehungen zu Nordamerika. Deutschland und Europa sind mit keiner Region der Welt so eng verbunden wie mit Nordamerika. Die Vereinigten Staaten und Kanada sind zentrale Verbündete und Freunde der Europäischen Union und Deutschlands. Beide Regionen verbinden nicht nur gemeinsame historische Erfahrungen, sondern auch gemeinsame Werte, die auf den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Marktwirtschaft und Respekt vor dem Individuum gründen. Im Antrag wird betont, dass eine starke transatlantische Partnerschaft angesichts der Herausforderungen und Bedrohungen für das westliche Wertemodell notwendiger denn je ist.

Hilfe für Dopingopfer

Der Bundestag berät in erster Lesung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines zweiten Gesetzes über die finanzielle Hilfe für Dopingopfer der DDR. Dieses Zweite Dopingopfer-Hilfegesetz sieht vor, einen vom Bundesverwaltungsamt verwalteten Fonds in Höhe von 10,5 Millionen Euro einzu-

richten, aus dem DDR-Dopingopfer eine einmalige Entschädigungszahlung erhalten sollen.

Einen ähnlichen Fonds gab es schon einmal: Im August 2002 hatte der Bundestag das Dopingopfer-Hilfegesetz verabschiedet, mit dem ein Hilfsfonds in Höhe von zwei Millionen Euro für Einmalzahlungen an DDR-Dopingopfer eingerichtet wurde. Nachdem er erschöpft war, trat das Dopingopfer-Hilfegesetz zum Jahresende 2007 außer Kraft. Die geplante Neuauflage wird nötig, weil damals nicht alle anspruchsberechtigten Dopingopfer erfasst wurden.

Bundestag erhebt sich zur Trauerminute

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat die beiden ehemaligen Abgeordneten und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Guido Westerwelle gewürdigt. Genscher war am 1. April im Alter von 89 Jahren verstorben; bereits am 18. März erlag Guido Westerwelle einer schweren Krankheit mit 54 Jahren. Noch vor Beginn der Plenarsitzung an diesem Donnerstag erhoben sich alle Abgeordneten zu Ehren der beiden Parlamentarier von ihren Plätzen. In das Gedenken eingeschlossen waren der kürzlich verstorbene ungarische Literaturnobelpreisträger Imre Kertész sowie die Opfer der Terrorattacken in Brüssel und in Lahore in Pakistan.

Zitat

«Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass wir die Zusammenarbeit fortsetzen.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag in Berlin zur Zukunft ihres Regierungsbündnisses)